

Stadt Haan
Niederschrift über die
6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Donnerstag, dem 25.11.2010 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:30

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

AM Vincent Endereß
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Dr. Karl-August Niepenberg
Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für AM Dr. Marc Seeger

Vertretung für Stv. Marlies Goetze

SPD-Fraktion

Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

stimmberechtigte Mitglieder

AM Claudia Andres-Zindler
AM Angelika Bachmann-Blumenrath
AM Christine Kadach
AM Dr. Reinhard Pech
AM Annette Thome

Vertretung für AM Hans-Peter Gitzler

beratende Mitglieder

AM Dagmar Argow
AM Elisabeth Cordts
AM Markus Helf
Stv. Nelson Janßen
AM Tobias Zöllner

Vertretung für AM Christian Bigalke

Vertretung für AM Heinrich Beyll

Verwaltung

1. Beigeordnete Dagmar Formella
Frau Elke Fischer
Herr Claus Hippel
Herr Dieter Köhler
Herr Udo Thal

Schriftführer

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Vorschlag der Bgo. Formella und anschließendem Antrag der SPD wird der Tagesordnungspunkt 2 um einen nichtöffentlichen Teil erweitert. Diese wird einvernehmlich als TOP 7 eingefügt, die anderen Tagesordnungspunkte werden entsprechend nachgeordnet.

1./ Jugendfragestunde

Protokoll:

Hr. Köhler berichtet über den Sachstand des Jugendparlamentes. Die Amtsperiode des jetzigen Parlamentes endet mit Ablauf dieses Jahres. Herr Oelbracht und Herr Köhler seien seit Oktober dieses Jahres intensiv bemüht, neue Mitglieder für das neue Jugendparlament zu finden. Bisher seien nur 3 Personen, von 12 möglichen, gefunden worden, die bereit wären für das Jugendparlament zu kandidieren.

Hier stelle sich die Frage, warum dies so schwierig sei. Zum Einen sei festzustellen, dass junge Menschen im Alter von 13-17 Jahren kaum Freizeit hätten. Zum Anderen sei an einem politischen Engagement kein ausgereiftes Interesse vorhanden. Es sei weiterhin schwer zu vermitteln, dass Entscheidungsprozesse auf politischem Parkett sehr langwierig seien.

Die Frist zur Kandidatensuche würde bis Ende des Jahres verschoben werden. Man habe die Hoffnung, dass bis dahin 10 Interessenten gefunden seien, was nach der Satzung möglich wäre. Es werde weiterhin geworben und informiert. Die Wahl würde dementsprechend auf den Beginn des nächsten Jahres verschoben.

Vors. Sack möchte wissen, ob denn in die Schulen gegangen würde, um etwa im Unterricht über die Tätigkeit zu informieren.

Hr. Köhler erwidert, dass dazu seitens der Schulen eingeladen werden müsse. Die Schulen würden diesbezüglich schon angeschrieben.

Hr. Helf berichtet, dass in den Jahrgängen 8 und 9 schon versucht werde zu informieren und motivieren. Die Jahrgänge 10 kämen aus Altersgründen schon nicht mehr in Frage. Er bestätigt, dass es schwierig sei, die Jugendlichen für diese Tätigkeit zu gewinnen.

Vors. Sack stellt fest, dass es ein deutliches Gefälle zwischen der sichtbar guten Arbeit des Jugendparlamentes in Hilden und der in Haan gäbe.

Hr. Köhler wendet ein, dass in Hilden bereits ein Kinderparlament eingerichtet worden sei, und aus diesem ein hineinwachsen in ein Jugendparlament erfolge. Zudem würde in Hilden ein anderer personeller Einsatz in diese parlamentarische Arbeit investiert.

2./ Sachstandsbericht Ortsteilspielplatz für Gruiten

Vorlage: 70/008/2010

Protokoll:

Bgo. Formella informiert, dass sie im nichtöffentlichen Teil über die Inhalte des Folgekostenvertrages Hasenhaus berichten werde.

AL Hippel berichtet, dass bezüglich des Kinderspielplatzes ein Treffen mit einem Architekten aus Hilden stattgefunden habe. Hier sei der Gedanke entstanden neu zu planen und barrierefrei zu bauen. Mit dem Projekt solle der Bedarf für ganz Gruiten abgedeckt werden. Das Ergebnis werde im JHA berichtet.

Vors. Sack möchte wissen, ob überlegt worden sei, wie die Beteiligten Personen in Gruiten informiert würden.

AL Hippel erläutert, dass man in bewährter Vorgehensweise vor Ort zu einem Bürgergespräch einladen würde und in den Schulen einlade, das Ergebnis werde dem JHA vorgetragen. Des weiteren führt er aus, dass aufgrund der Schließung des Bolzplatzes auf der Blumenstraße der neue Spielplatz einen Bolzplatz mit beinhalte. Lt. Rechtsprechung seien Bolzplätze keine Spielplätze sondern Spielanlagen, die nur außerhalb eines Wohngebietes errichtet werden dürften.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

3./ Skateranlage Landstraße / Spielplätze im HSK; Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 09.11.2010

Protokoll:

Stv. Klaus vertritt die Auffassung, dass ihre Anfrage, warum ein Gerät auf der Anlage nicht repariert wurde, nicht ausreichend beantwortet worden sei. Sie habe die Befürchtung, dass die Anlage Stück für Stück zurückgebaut und letztlich geschlossen werde.

AL Hippel betont, dass nicht beabsichtigt sei, die Anlage zu schließen. Die Anlage sei 1999 durch Spenden gebaut worden. Ein Gerät sei so defekt gewesen, dass es abgebaut werden müssen. Die anderen 4 Geräte gebe es noch und würden von BMX-Fahrern vorrangig und ausgiebig genutzt. Es stünden nach Sachstandsbericht

erst 2019 wieder Mittel zur Verfügung an der Anlage etwas zu machen, bis dahin seien lediglich Reparaturen möglich.

Stv. Mentrop möchte wissen, ob eine Skateranlage noch zeitgemäß sei?

Hr. Köhler informiert, dass Skaten nicht nur eine Sportart sei, sondern auch eine Subkultur. Wer diese ernsthaft betreibe, brauche ständig neue Geräte. Demnach sei die vorhandene Anlage nicht mehr zeitgemäß und es würden professionelle Anlagen vorrangig genutzt

AL Hippel berichtet, dass BMX-Fahrer die Anlage verstärkt nutzen würden. Die Entwicklung müsse beobachtet und darauf reagiert werden.

Stv. Elker bestätigt aus der Erfahrung seines Sohnes, der zu den BMX-Bikern gehöre, dass die BMX-Fahrer die Anlage rege nutzen würden.

Stv. Kirchhoff erklärt, er könne dem Antrag der SPD zustimmen, es dürften allerdings keine zusätzlichen Aufwendungskosten entstehen.

Vors. Sack stellt folgendes Prozedere dem JHA zur Abstimmung vor:

Abstimmungsprozedere zwischen dem Betriebshof, dem Jugendamt und dem Jugendhilfeausschuss (JHA) mit kontinuierlichem Berichtswesen im JHA

Stellt der *Betriebshof* fest, dass ein Spielgerät nicht mehr sicher ist, bzw. Sicherheitsrisiken kurz oder langfristig zu erwarten sind, und dass das Gerät / die Anlage sofort oder kurz- bis mittelfristig demontiert bzw. ersetzt werden muss, wird das *Jugendamt* informiert und klärt in Abstimmung mit dem *Betriebshof* folgende Fragen:

Ist die Nutzung des Spielplatzes bzw. der Skateranlage nach dem Abbau auch weiterhin, im Sinne seines ursprünglichen Nutzungskonzeptes, gewährleistet?
Falls ja, ist keine weitere Aktivität seitens der Verwaltung notwendig und der JHA muss nicht eingeschaltet werden.
Falls nein, ist der JHA kurzfristig zu informieren.

Kann der Spielplatz/ die Anlage zukünftig anders genutzt werden oder wird durch Kinder, Jugendliche, Eltern, Kitas, Anwohner oder andere relevante Gruppen eine andere veränderte Nutzung gewünscht?

Falls ja, soll ein neues Nutzungskonzept seitens der Verwaltung erstellt werden, unter Beteiligung der o.g. relevanten Personengruppen und/oder Einrichtungen, und das Ergebnis im JHA beraten werden. Gegebenenfalls ist der zuletzt 2008 im JHA beratene Spielflächenplan hierbei zu überarbeiten oder zu aktualisieren.

Falls nein, wird hierüber im JHA beraten und es ist seitens des JHA eine Empfehlung zur Zukunft des Spielplatzes / der Anlage abzugeben.

Unabhängig von akuten Handlungsbedarfen soll das Jugendamt mindestens einmal pro Jahr den JHA über den aktuellen Sachstand zum Thema Spielplätze in Haan informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Beschluss:

Das "Abstimmungsprozedere zwischen dem Betriebshof, dem Jugendamt und dem Jugendhilfeausschuss (JHA) mit kontinuierlichem Berichtswesen im JHA" wird einstimmig beschlossen.

4./ Sachstand U 3 - Ausbau, mündlicher Bericht

Protokoll:

AL Thal erläutert den aktuellen Sachstand der Entwicklung. 2008 wurde das Kinderförderungsgesetz geschaffen, hiernach erhalten Kinder von 1 bis 3 Jahren einen Anspruch auf Betreuung in einer Einrichtung bzw. Tagespflege. Zurzeit stehen in Einrichtungen 154 und in der Tagespflege annähernd 60 Betreuungsplätze zur Verfügung. Dies entspräche einer Bedarfsdeckungsquote von rund 31 von Hundert. Bzgl. des U3-Ausbaus wurden kontinuierlich Gespräche mit den Trägern geführt, inwieweit von dort zusätzliche Plätze geschaffen werden könnten.

Nach den Förder-Richtlinien seien 90 % der Kosten förderfähig, die restlichen Kosten seien regelmäßig vom kommunalen Träger zu tragen. Inwieweit das Urteil des Landesverfassungsgerichtshofes in Münster aus Oktober dieses Jahres eine andere Finanzierungspraxis bringe, bleibe abzuwarten.

AM Thome möchte wissen ob die die beantragten 12 Plätze der Einrichtung auf der Hochdahler Straße berücksichtigt seien und ob die Anträge für die Einrichtung der Breidenhofer Straße lägen.

AL Thal erklärt, dass für die Hochdahler Straße bzgl. einer baulichen Maßnahme noch kein Förderantrag vorläge. Die zusätzlichen U3-Plätze würden in der aktuellen Planung für 2011/2012 berücksichtigt. Zur Breidenhofer Straße liegen vom Landesjugendamt keine neuen Erkenntnisse vor.

Vors. Sack sagt, dass die Sachlage keine Neue sei. Aus dem Bestand heraus sei der Ausbau nicht zu schaffen, bzgl. der Eigenmittel sei der Ausbau nicht gesichert. Hier sei der Rat gefordert, da es sich um eine Pflichtaufgabe handele. Die Eltern würden lt. seiner Erfahrung den Rechtsanspruch einklagen. Er hoffe auf die freien Träger.

AM Dr. Pech entgegnet, dass sich die Träger ebenfalls in einer Nothaushaltsituation befänden. Die Kirchensteuer sei rückläufig, so seien die Geldausgaben im Beschluss

eingeschränkt worden. Auch derzeitige Angebote müssten eher zurückgefahren werden, als dass eine Ausweitung erwartet werden könne. Er hoffe auf eine künftige auskömmliche Finanzierung durch KiBiZ.

Beschluss

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

5./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

keine Anfragen

6./ Mitteilungen: - Projekt der FH Düsseldorf im Stadtteil Haan-Ost - Rezertifizierung des städt. Familienzentrums

Protokoll:

AL Thal berichtet vom Projekt der Fachhochschule Düsseldorf im Stadtteilgebiet Haan-Ost. Es hätten sich mehrere Projektgruppen zu verschiedenen Themen gebildet, die sich auch beim Jugendamt informiert hätten. Es wären Themen wie der U 3 Ausbau, psychologische Beratung, Bedarf für Senioren, Hilfen zur Erziehung etc... in Bearbeitung. Es wären von den Gruppen, die jeweils durchschnittlich 3 Personen umfassen, auch Besuche in Einrichtung durchgeführt worden. Anfang nächsten Jahres würde sowohl im Stadtteil Haan-Ost als auch im JHA über die Arbeit und die Ergebnisse berichtet.

AM Blumenrath erzählt, dass sie in ihrer Einrichtung auch Besuch von Projektgruppen gehabt habe. Sie seien zu den Angeboten im Stadtteil, Sportmöglichkeiten, Belangen der Elternkompetenzen und zum Stadteilkaffee befragt worden.

AbtL. Fischer berichtet vom städtischen Familienzentrums. 2006 habe es gestartet. Seit einigen Jahren gäbe es für die 261 Zentren ein Gütesiegel was verliehen würde. Es müsste aus verschiedenen Kriterien eine Mindestpunktzahl von 24 erreichen, um dieses Siegel zu erhalten. Falls einmal die Kriterien nicht erreicht würden, würde die Förderung trotzdem fortgesetzt und man würde eine Wiederholungschance erhalten, um die Kriterien doch noch erreichen zu können. Es sei auch über die Homepage www.mfkjks.nrw.de einsehbar.

Weiter teilt sie mit, dass das Dokument in der AG 78 verteilt worden sei. In der Trä-

gerrunde sei über Entscheidungen vorberaten worden.

Sie erklärt, dass Herrn Losadas Beschäftigung als Jugendhilfeplaner zum 30.11.2010 beendet sei.

Vors. Sack bedankt sich im Namen des JHA für die 2-jährige Tätigkeit von Herrn Losada und bedauere dessen Weggang. Er wünsche ihm alles Gute.

Bgo. Formella teilt mit, dass das Treffen des Qualitätszirkels am 07.09. statt gefunden habe. Die Entwicklung sei positiv.

Vors. Sack verweist auf den Entwurf des Landes zu den OGS, es handele sich um eine Pflichtaufgabe und da müsse auch von Seite des Landes gehandelt werden.